Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 8 (1928-1929)

Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schäfer uns spendet, nur für den Lober. Wir könnten uns begnügen, zu erforschen, welche Rolle die ideale Schweiz Schäfers in seinem Denken und Schaffen spielt. Aber leider wirft das Lob immer irgend-wie auf den Gelobten. Der Einzelne verträgt Lob selten, Völker ver-tragen es vielleicht nie. Gerade wir Schweizer sind als Volk zu viel gerühmt worden. Die Weltmeinung hat es uns zu leicht gemacht. Des-halb ist es auch kein eigentlich guter Dienst, den Schäfer uns geleistet hat.

Wir wollen gerne das Urbild eines fünftigen Europa sein, aber nur um eine Aufgabe zu haben, die uns gebietet, unermüdlich und schonungslos an uns zu wirfen. Zu wirfen, daß wir ein wirkliches Bolk sind und werden, jenes Bolk, das ruhig eintreten könnte in das geeinte Europa, denn es trüge sich als sein unverlierbares Schicksal.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Die Rrifis bes Parlamentarismus.

Befindet sich die Regierungssorm des politischen Bertretungs-Systems, des Parlamentarismus, in einer Krisis? Wenn ja, welches sind die Ursachen dieser Krisis und was für Wege können als geeignet erscheinen, aus ihr hinauszuführen? Die "Interparlamentarische Union" hat unter dem Titel "Die gegenwärtige Entwicklung des repräsentativen Systems" eine Schrift herausgegeben (Payot, Lausanne, 1928; 106 S.), die fünf Antsworten auf eine Rundsrage enthält. Sine davon stammt von schweizerischer Seite (BorgeaudsGens). Die übrigen vier haben Bertreter der europäischen Großstaaten England (Laski), Frankreich (Larnaude), Italien (Mosca) und Deutschland (Bonn) zum Bersasser. Bielleicht gerade wegen der völligen Unbeteiligtheit ihrer Bersasser aunseren schweizerischen Berhältnissen läßt sich aus diesen vier ausländischen Darlegungen ein durch keinerlei parteipolitische Voreingenommensheit getrübtes Urteil über unsere eigene staatspolitische Lage gewinnen. Denn wenn irgendwo, so erweist sich im Staatspolitischen die Schicksalben Kaatenwelt. Selbst Bolschwismus und Faschismus sind ja nur Tastversuche nach neuen Möglichkeiten staatschol regierten Staaten, nur weniger überstürzt und mit sühlerem Blut, abgetastet werden. Die Kot unseres staatspolitischen Zustandes zwingt uns alle zum nämlichen Ziel. Die Frage ist nur, wer zuerst einen gangbaren Weg day gesunden haben wird.

Am bequemsten machen es sich biejenigen, die in der veränderten Grundslage und in den Schwierigkeiten der zeitgenössischen Staatspolitik eine einsache Folge des Weltkrieges sehen wollen, die mit der zunehmenden Entsernung von diesem auch wieder verschwinde. Lask i (London) tritt dieser Meinung entsgegen: der Weltkrieg habe jene verschärft; sie seien aber schon lange vorher dasgewesen. Die Krisis der parlamentarischen Regierungsform komme heute in solgenden Erscheinungen zum Ausdruck. Einmal in der Vormachtstellung der Vollzugss gegenüber der Gesetzgebungsbehörde. Letztere muß sich vielsach mit der nachträglichen Gutheißung und bloßen Registrierung der Handlungen der Vollzugssgewalt begnügen. Ebenso wachsen die Besugnisse der von der Vollzugssgewalt abhängigen Verwaltung. Jedes Departement wird zu einer Art selbsständiger Gesetzgebungsbehörde, der gegenüber das Parlament weitgehend die Aberwachungsmöglichkeit verliert. Wichtige Geschäfte gelangen außerparlamens

tarisch zur Erledigung. Das alles hat notwendigerweise eine Berabminderung des Ansehens des Parlaments zur Folge. Das einzelne Parlamentsmitglied genießt allerdings auch noch aus andern Gründen weniger Ansehen als früher. Es ist der Parteidisziplin unterworfen und besitt nur wenig eigene Selbständigkeit und Unabhängigkeit mehr. Auch versteht es sehr oft die vorliegenden Fragen wegen ihrer Kompliziertheit nicht und kann ihre Tragweite nicht ermessen. Dann ist ferner infolge der Erweiterung des staatlichen Aufgabenkreises das Parlament häufig mit Geschäften überlastet, so daß die Gegenstände nur obers flächlich behandelt werden und eine gründliche überprüfung der Vollzugsgewalt dahinfällt. Aber jelbst wenn der Bille zur Aberprüfung beim einzelnen Parlamentsmitglied vorhanden mare, fo fehlen ihm doch die nötigen Austunftsmöglichkeiten, über die die Regierung in vollem Umfang verfügt, und ohne die es der Regierung nur schwer Frrtumer aufdeden ober sie ernsthaft fritisieren kann. Besonders unheilvoll macht sich weiter der Mangel einer absoluten Mehrheits= partei und das daraus folgende Parteigruppensnstem geltend: es wird feine "politische Politit", sondern eine solche der Parteimanover getrieben. Die Gesichtspunkte, die für dieje ausschlaggebend sind, find aber gang andere, als fie das Interesse der Gesamtwählerschaft erfordert. Go fommt es zu einem Auseinanderklaffen von Bolkswille und Bolksvertretung. Das ift allerdings eine grundfähliche Schwierigfeit bes Bertretungeinftems: es gibt für Regierung und Barlament fein unbedingt zuverlässiges Mittel, den jeweiligen Bolkswillen zu ergründen. Die Hebung des allgemeinen Bildungsgrades der Bähler erleichtert biesen immerhin bas Berständnis der sie betreffenden Fragen und gibt ihnen bamit die Möglichkeit, ihre Buniche bazu zu äußern. Go viel fann man auf jeden Fall erkennen, daß die besitzlosen Schichten die politische Gleichberechtigung, bie fie mit ber Ginführung bes allgemeinen Stimmrechts erhalten haben, bagu benuten wollen, sich die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erringen und daß bas parlamentarische Shitem u. a. nach dem Erfolg beurteilt werden wird, ben es nach dieser Richtung zu erringen vermag. Die Borschläge Lastis, wie ber in seiner jetigen Ausgestaltung ben Be-

Die Vorschläge Lastis, wie der in seiner jezigen Ausgestaltung den Bedürfnissen des modernen Staates nicht mehr entsprechende Parlamentarismus
abgeändert werden könnte, beschränken sich auf die Schaffung von zweierlei Kommissionen, von denen die einen der Wiederannäherung von Regierung und
Parlament, die anderen derjenigen von Parlament und Volk zu dienen hätten. Am meisten Ersolg verspricht er sich von einer besseren Ausscheidung zwischen den lokalen und den zentralen Regierungsgewalten. Die deutsche Gemeindeverwaltung erscheint ihm da vorbildlich und er bezeichnet Deutschland als den einzigen Staat, der Lösungen in dieser Richtung ins Auge gefaßt habe.

Bei den drei Vertretern der festländischen Großstaaten dürste eine gewisse parteipolitische Voreingenommenheit nicht abzustreiten sein. Ihnen geht ihr Shstem und die Aufrechterhaltung der Herrschaft, die durch dasselbe gesichert wird, über alles. Ihre geistige Unbeweglichkeit und ihr Vorbeisehen an den unumstößlichen Tatsachen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte sind eine nur zu weit verbreitete und leider auch in

unferm Land nur allzu häufig anzutreffende Erscheinung.

Larnaube ist der ausgesprochene Vertreter französischen staatlichen Denkens, das sich in seinem Wesenskern gleich bleibt, ob es sich um den Abssolutismus des Sonnenkönigtums oder den Kommunismus der Revolution handelt. "Volk" ist nur eine Summe von an sich zusammenhangslosen Einzelswesen. Erst die Gewalt des unbedingten Herrschers oder die unantastbare Sous veränität des rein juristisch gedachten Staates macht ein Ganzes aus ihnen. Nie ist der Herrscher etwa nur der erste Diener seines Volkes oder der Staat nur die äußere Organisationssorm einer organischen, an sich vorhandenen Volkssemeinschaft. Es ist nicht zufällig, daß der französische Staat und seine Verstreter, besonders in neuster Zeit, so vollständig versagen, sobald sie vor einer aus dem Volk hervorgehenden Vewegung stehen. Darum aber auch die Unsähigkeit und Unfruchtbarkeit des französischen Staatsgedankens gegenüber den Forderungen lokaler Selbstverwaltung oder gegenüber der neusten wirtschafts

lichen und gesellschaftlichen Entwicklung mit ihren berufsständischen und gewerkschaftlichen Organisationssormen. Larnaude spricht zwar auch von Gruppensvertretungen — Bertretungen des religiösen, des Familiens, des intellektuellen, industriellen, handelspolitischen Interesses — als korporativen Wählern, versteht aber im Grunde darunter nichts anderes als die Stände, die im Dienste des absolutistischen Staates stehen, oder wie er sich ausdrückt: die den Staat darsstellen, im Gegensatz zu den aus der Einzelwahl hervorgehenden Bolksverstretungen, die eben bloß das Bolk, bezw. die Wähler repräsentieren. Der Gesdanke des Ausbaus des Staates von unten, z. T. auf den neuen berufsständischen Organisationen, ist und bleibt Larnaude verschlossen.

Entsprechend zielen seine sämtlichen Vorschläge auch nur auf eine möglichste Einschränkung der demokratischen Rechte von Bolk und Parlament. Für ihn handelt es sich darum, erneut ein Merkmal zur Unterscheidung und Zulassung der Wähler zur politischen Arbeit zu sinden. Die gesetzgebenden Behörden sollen künftig ausschließlich aus Juristen zusammengesett werden, weil nur diese etwas vom Gesetzemachen verstünden (als ob es bei den Gesetzen nur auf die Form, und nicht in erster Linie auf den Inhalt ankäme). Für die Julassung zu den Regierungsstellen müßten Befähigungsbedingungen aufgestellt werden. (Man sieht, für Larnaude ist Politik eben ausschließlich eine Verwaltungssangelegenheit.) Da der Parlamentarismus die Stetigkeit der Staatstätigkeit stört, sind das parlamentarische Initiativs und Interpellationsrecht abzuschaffen und sür Minister und Ministerpräsident seste Amtsperioden festzusetzen. Der Staatspräsident ist auf Lebenszeit zu wählen.

Als Bertreter Italiens zu sprechen, bürfte Mosca — aufgeführt als italienischer Senator und Dozent an der Universität Kom — kaum berufen sein. Denn das gegenwärtige Italien hat der Krisis seines Parlamentarismus vor einigen Jahren auf eine so einsache und gründliche Art ein Ende bereitet, daß man darüber kaum noch viel Worte zu verlieren braucht. Für Italien ist die Frage heute vielmehr die, ob die sogenannte neue Regierungsform, die es an Stelle der gestürzten gesetzt hat, ihm auch nur annähernd diesenige Stetigkeit und Sicherheit für seinen Bestand gewährt, die ihm der unzulängliche Parlamentarismus immerhin noch geboten hatte. Moscas Ausführungen interessieren daher auch nur insofern, als in ihnen Auffassungen zum Ausdruck kommen, die man als diesenigen einer eigentlichen europäischen Klasse bezeichnen kann und die auch in unserm Lande ihre zahlreichen Anhänger haben.

und die auch in unserm Lande ihre zahlreichen Anhänger haben. Die Mittelklasse — so führt Mosca ungefähr aus —, auf beren Auffommen im 19. Jahrhundert die parlamentarische Regierungsform überhaupt beruht, konnte in ben großen europäischen Staaten ihre Vormachtstellung in Politik und Berwaltung bis zum Weltkrieg im großen ganzen behaupten. Sie stellte den Hauptteil der öffentlichen Beamten, der Offiziere für das Beer. Ihre Bertreter besagen die Mehrheit in den Parlamenten und Behörden ber großen Städte. Sie selbst war unter dem parlamentarischen Regime zu einer Art fester Oligarchie geworden, die die politische Gewalt als ihr Monopol beanspruchte. Diese Mittelklasse ist aber nun gerade burch die seit einigen Jahrzehnten, und besonders seit dem Weltkrieg, in Gang befindliche Umwälzung in der Güter-verteilung stark geschwächt worden. Sie vermag bereits nicht mehr überall die notwendige Zahl unabhängiger Bertreter ins Parlament zu fenden. Die Krisis des Parlamentarismus tritt daher denn auch in den Ländern oder Landessteilen am schärsten zu Tage, wo die Mittelklasse am ärmsten oder unsgebildetsten ist, und ihre überwindung hängt entsprechend in erster Linie von einem Wiederausbau des Wohlstandes und der Kultur der Mittelklasse ab. Dazu ift nötig, daß der euröpischen Staatenwelt für eine lange Zeit der innere und äußere Frieden erhalten bleibt. Ferner ist eine Einschränkung des allgemeinen Bahlrechts unumgänglich. Denn dieses ist die beste Waffe der extremen Par-teien. Die heutige Stärke der sozialistischen Bartei ist seine Folge. Auch verdient die Stimme der Armen und Unwissenden nicht das gleiche Gewicht wie dasjenige der Reichen und Gebildeten. Erst recht verhängnisvoll ist die Verhältniswahl, die nur die parlamentarischen Mehrheiten schwächt und den Minderheiten zu einer Stärte verhilft, die für deren Aufgabe der Regierungsüberwachung gar nicht nötig ist. Im Parlament ist die Abgabe von Vertrauensund Mißtrauensvoten in dem Sinne zu regeln, daß z. B. keine in Minderheit versette Regierung vor Ablauf eines Jahres abdanken muß. Preß- und Vereinsfreiheit sind allgemein einzuschränken. Vor allem aber muß die herrschende Klasse reifer, klassenbewußter werden.

Bonn (Berlin) teilt die Gegner der parlamentarischen Regierungsform in feinem Lande in folche ein, die von dem parlamentarisch regierten Staat un= liebsame Eingriffe in ihren personlichen Machtbereich fürchten, und in solche, benen der Staat unter der Herrschaft des Parlaments zu handlungsunfähig und zu wenig machtvoll ist. Zu den letzteren gehörten auch jene, welche das heutige Regierungssisstem für die unvermeidliche "Erfüllungspolitit" Deutschlands haftbar machten, für die doch ein früheres Regime die Berantwortung trage. Sachliche Einwände gegen den Parlamentarismus in feiner heutigen Ausgestaltung fennt oder anerkennt Bonn feine. Gine Gegnerschaft gegen Diesen fann nur aus parteipolitischer Voreingenommenheit, aus politischer Unfähigkeit ober aus perfonlichem Eigennut bestehen. Den hauptvorteil des Bertretungs-Shstems sieht Bonn dagegen darin, daß es eine Methode zur Auslese der Führerpersönlichkeiten, ein mittelbares Wahlspstem darstellt. Zwar bringt die Listenwahl eine Bürofratisierung der Politik durch die Parteimaschine mit sich, was u. a. zur Folge hat, daß die Jugend, die gern im Einzelkampf und auf unabhängige, felbstgewählte Art ihren Weg macht, das Interesse an der Politik verliert und in Gegnerschaft gegen das Vertretungs-System gerät. Die politische Qualität der aus der Berhältnismahl hervorgehenden Abgeordneten ist aber tropdem eine recht gute. Es gibt ja auch noch andere Zugänge zur Macht, als den durch das gewählte Parlament. Die Erfahrungen, die man mit der Erb-lichkeit gemacht hat, sprechen aber wenig für diese. Die Usurpation ist und bleibt Ausnahmefall. Die Auswahl durch Examina ist zweckmäßig für untere Beamtenstellen, nicht aber für politische Führerpersönlichkeiten, d. h. für Männer, die nicht nur verwalten, sondern auch Ziele setzen und Mittel anwenden sollen. Unter den politischen Berjagern stammen daher in Deutschland auch mehr aus der Bürofratie als aus der politisch-parlamentarischen Laufbahn.

Im übrigen ist der parlamentarische Zustand eines Landes nur das gestreue Abbild seines geschichtlich, geographisch und wirtschaftlich bedingten Zusstandes überhaupt. An diesem könnte auch ein anderes als das parlamentarische Regierungssisstem nichts ändern. Selbst ein Diktator müßte diese bestehenden Verhältnisse berücksichtigen. Die Schaffung eines Zweiparteiensusstems durch Scheidung des Volkes nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Besiehende und Besitzlose würde die Teilung der Nation bedeuten. So hält das Parlament, als Ausdruck der gesellschaftlichen Zerklüftung, die Parteizersplitterung aufrecht und bewahrt, indem es deren Beseitigung verhindert, das Land vor dem

Rlaffenkampf.

Borgeaud (Genf) geht von der Bedeutung der politischen Parteien bei der Bildung und Zusammensetzung der gesetzebenden Versammlung aus. Die große Rolle, die die Parteien dabei spielen, hat der Vorstellung vom Absgeordneten als dem Vertreter der ganzen Nation einen schweren Schlag verssetzt. Beschlüsse, die das Parlament im Namen des ganzen Volkes faßt, sind oft bereits vorher außerhalb des Parlaments in Parteiresolutionen festgelegt worden. Die Parteiausschüsse haben ganz den Charakter von Staatsorganen angenommen; nur tragen sie für die Entscheidungen, die sie der Regierung ausdrängen, keine Verantwortung. Einen neuen Abschnitt im modernen Staatssleben bedeutet schließlich das Entstehen von Gewerkschaften und Verufsorganissationen.

Dem Verfall der parlamentarischen Einrichtungen kann u. a. dadurch bes gegnet werden, daß die Abgeordneten wieder von ihren Wahlausschüssen uns abhängig gemacht und das Berufsparlamentariertum durch Heranziehung wirtschaftlicher und kultureller Kräfte aus der Gesellschaft bekämpft wird. In der

Schweiz ist die unmittelbare Demokratie ein Heilmittel gegen eines der Hauptübel des reinen Parlamentarismus: das Auseinanderklassen von Bolt und Bertretung. Deren Einsührung fällt beispielsweise im Kanton Zürich mit der Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit auf das wirtschaftliche Gebiet zusammen. Sie
bedeuter ein Zurückgreisen auf alte germanische Anschauungen, wie sie sich in
den politischen Gemeinwesen der alten Eidgenossenschaft dis zu deren Zujammenbruch und dis zum Eindringen der römischrechtlichen Anschauungen der
französischen Revolution erhalten hatten. Die praktischen Ersahrungen, die man
in Deutschland bereits mit der unmittelbaren Demokratie gemacht hat, liefern
den Beweis, daß diese selbst in Großstaaten mit Ersolg eingesührt und angewandt wird. Borgeaud sührt auch das Buch eines Franzosen an, der der
Bolksbefragung (Reserendum) als einer Berbindung von unmittelbarer Demokratie und Bertretungs-Shstem, eine große Zufunst voraussagt.

Zusammensassend läßt sich über die wesentlichen Punkte der obigen Ausführungen über die Krisis der parlamentarischen Regierungssorm etwa folgendes sagen:

Einmal über die Regierung. Es ist eine Bormachtstellung der sog. Bollzugsbehörde gegenüber der jog. gesetzebenden Behörde festzustellen (Lasti). Anderseits untersteht die Bollzugsbehörde auch unverantwortlichen Ginfluffen von Barteiausschüffen (Borgeaud). Den erstern Gall fonnen wir beispielsweise fehr deutlich in der Schweiz bezüglich der Augenpolitit feststellen. Bierre Grellet hat dieses Berhältnis zwischen Regierung und Parlament dieser Tage in der "Gazette de Lausanne" wie folgt geschildert: "In der Außenpolitik haben die Abgeordneten das Bech, im allgemeinen erft auf der Bühne zu erscheinen, nachdem die Angelegenheiten geregelt find. Es bleibt ihnen dann nur noch übrig, ihr Lied zu singen, um zu zeigen, daß sie auch noch ein wenig da sind. Die Behandlung des Politischen Departements beschränkt sich oft auf eine Reihe nachträglicher Unwillengäußerungen." Befanntlich wurde vor einigen Jahren der Bersuch gemacht, diesem Migstand durch Schaffung einer parlamentarischen Kommission für Auswärtiges abzuhelsen. Ihr Zustandekommen scheiterte am Widerstand der Regierung und an der Gleichgültigkeit des Parlaments. Auf Die Dauer fann es aber nicht beim Gegenwärtigen bleiben, weil feine Gewähr besteht, daß die Regierung wirklich dem Bolkswillen entsprechend regiert, bezw. weil für das Volk keine versassungsmäßige Möglichkeit besteht, die Regierung unmittelbar zur Erfüllung und Einhaltung seines Willens zu zwingen. Die bloß nachträgliche Willensbekundung durch Volksbegehren und Volksabstimmung genügt gerade in außenpolitischen Dingen nicht. So wird an diesem Einzelfall deutlich, daß die Vollzugsgewalt, nachdem sie sich mehr und mehr der Berantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung zu entziehen vermocht hat, dem Volk gegenüber unmittelbar verantwortlich gemacht werden muß. Sie erhält da= durch umgekehrt auch die notwendige Unabhängigkeit von unverantwortlichen Ginfluffen, denen fie heute seitens von Parteiausschuffen ausgesett ift. Es durfte sich also fünftig weniger darum handeln, die Bormachtstellung der Regierungsgewalt abzubauen, als vielmehr fie auszubauen und verfassungsmäßig zu verankern unter gleichzeitiger Schaffung der notwendigen Ergänzung: der unmittelbaren Bahl der Regierung (in Großstaaten des Regierungs- oder Staatsoberhauptes) durch das Bolk.

Das Parlament nicht wieder in seiner früheren Bedeutung und seinem wird das Parlament nicht wieder in seiner früheren Bedeutung und seinem früheren Ansehen hergestellt. Die Zahl derzenigen in der Volksvertretung, die über eine volle Kenntnis der zur Behandlung stehenden Fragen verfügen, wird immer kleiner, weil die Fragen immer mannigsaltiger und spezieller werden. Sachs und Fachkenntnis und die Möglichkeit, sie sich zu erwerben, wird mehr und mehr auf die Departemente und die Verwaltung beschränkt sein. Trotzem muß dem Parlament die Rolle des öffentlichen Diskussionsgans erhalten bleiben. Es soll nach wie vor der Schauplatz der Kritif und öffentlichen Ausssprache über die allgemeine Regierungss und Staatspolitik sein. Dann darf man ihm aber auch nicht das Initiativs und Interpellationsrecht nehmen. Auch als

Einrichtung zur Führerauslese, die nun einmal nicht an Befähigungsausweise

gebunden werden fann (Larnaude, Mosca), behält es seine Bedeutung.

Die Parteien. Die Erhaltung der Parteizersplitterung, der das parlamentarische System heute (nach Bonn) in erster Linie dient, kann natürslich nicht Selbstzweck sein, und eine zweckmäßige Regierungsform kann sehr weitsgehend dazu beitragen, diese Parteis und Gesellschaftszersplitterung zu beseitigen. Nur soll eine neue Regierungsform und eine neue Parteigruppierung nicht gewalttätig einem Bolk aufgedrungen werden, in der Art, wie das in Rußland und Ftalien geschieht. Sine neue vereinsachte Parteiung soll daher auch nicht auf Grund wirtschaftlicher Gesichtspunkte ersolgen; eine solche ist staatspolitisch unfruchtbar und wirts nur zerstörend. Vielmehr gilt es, die Sammlung um ein allgemeines staatspolitisches Programm zu vollziehen, in dem allerdings die Berwirklichung wirtschaftlicher Forderungen einen wesentlichen Bestandteil aussmacht (wie das überdies bei seder staatspolitischen Neuerung der Fall ist). Wer an der heutigen Parteizersplitterung Gesallen sindet und das Regime, das ihr sörderlich ist, besürwortet, sett sich in Verdacht, daß ihm an dem Vorteil, den er oder seine Klasse aus diesem Justand ziehen, mehr liegt als am Bohl und Schicksal seiner Volksgemeinschaft. Denn staatspolitisch (was gleichbedeutend ist mit dem Wohl der Gesamtheit) ist die Parteizersplitterung immer ein Kranksbeitszuskand.

Die Selbstverwaltung. Wenn man von der Auffassung ausgeht, daß die Gemeinschaft nur etwas Gedachtes ist, das Wirklichkeit erst erhalte durch die Staatsgewalt, kann man sich natürlich nur schwer mit der Vorstellung von lokalen und beruflichen Selbstverwaltungskörpern als den Baussteinen des Staates vertraut machen. Unsere schweizerischen Landsgemeinden sind aber das anschaulichste Beispiel dafür, wie alle politische Gewalt wirklich und wahrhaftig vom Bolk ausgehen und staatlichen Organen nur übertragen werden kann. Anderseits liesert unser Bundesstaat das Anschauungsmaterial dassür, wie sich ein Staat aus lokalen Selbstverwaltungskörpern zusammenfügt. Ahnlich haben wir uns auch eine fünstige teilweise berufsständische Unterbauung der Staaten zu denken. Auf keinen Fall kann man sich, wenn eine solche sich als unvermeidlich zeigen sollte, dabei an überreste anlehnen, die noch von mittelsalterlichen Ständen vorhanden sind. Der künstige Staat muß aus seinen gegenswärtig slebendigen, nicht aus längst versteinerten Kräften seiner Vergangenheit

erneuert werden.

Das Volt. Man will da und dort (Larnaude, Mosca) in der Einschränkung des allgemeinen Stimmrechts ein Seilmittel gegen die Rrifis des Parlamentarismus erblicken. Gine folche Ginschränkung wäre aber praktisch nur unter Anwendung einer Diftatur zu verwirflichen (wie in Rugland und Stalien). Sie ist indessen auch aus Gründen staatspolitischer Zwedmäßigkeit abzulehnen. Es ist feineswegs für jeben Zeitabschnitt feststehend, daß die an materiellem Besit reicheren Schichten über mehr Gemeinschafts-Sinn und Willen berfügen als die armeren, die im Gegenteil, weil fie ungleich mehr auf gegenseitige Soli= barität angewiesen sind, oft instinktiv richtiger die Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Gemeinschaftslebens erkennen. Und was die Intelligenzschicht anbestrifft, so kann natürlich kein Staat auf deren Mitarbeit ganz verzichten. Aber auch hier zeigt die Erfahrung, daß zu Zeiten eine ganze Intelligenzschicht durch zu weitgehende Intellektualisierung und Spezialisierung jede Fähigkeit zu schöpfes rischer Zielsetzung verliert. In solchem Fall erhält das Staatsleben kaum noch irgendwelche nennenswerten Antriebe aus dieser Schicht — wie das heute beis spielsweise der Fall sein dürfte —, und es ist geradezu auf die von aufstrebenden, noch nicht gesättigten Schichten ausgehenden Antriebe angewiesen. — Auch die Rolle und Bedeutung der Minderheiten, die durch die Verhältniswahl in eine aussichtsreichere Lage gekommen sind, follte anders als nur vom Standpunkt ber herrschenden Mittelklasse aus eingeschätt werden. Einmal ift es ein Erfahrungsfat, daß aus ursprünglichen Minderheiten spätere Mehrheiten geworben sind. Es ist aber staatspolitisch zuträglicher, diesen Vorgang sich allmählich, als revolutionär-gewaltmäßig abspielen zu lassen. Aber auch wo Minderheiten wie solche sprachlicher, konfessioneller u. a. Art, immer in Mindergahl bleiben

werden, soll ihnen, um der Bereicherung des Gesamtlebens willen wie im Interesse eines entspannten Staatslebens, die volle Freiheit ihrer Entsaltung gemährt sein

Run noch diese Mittelflasse jelbst. Wer glaubt, den Wiederaufbau ihres ehemaligen Reichtums und ihrer ehemaligen Kultur durch Erhaltung eines äußeren europäischen Friedens um jeden Preis, und ihr Dasein durch die Ginsichränkung des allgemeinen Wahlrechts und die Züchtung eines geschärften Rlaffenbewußtseins sicher zu stellen, gibt sich einer schwerwiegenden Selbsttäuschung hin. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Berhältnisse haben sich in den hundert bis anderthalbhundert Jahren seit dem Aufkommen dieser Mittelklasse von Grund auf verändert, und es sehlen heute einsach ganz wesentliche Voraussehungen für deren Beiterexistenz in ihrem bisherigen Umfang und ihrer bisherigen Qualität. Mit einer Berichärfung des Klassenbewußtseins läßt sich wohl unter Umständen eine furze Berlängerung des bisher innegehabten Monopols auf die Staatsgewalt erzielen. Sie hat aber auch eine weitgehende politische Stagnation in den eigenen Reihen zur Folge und ist einem Mitwirken von Rraften aus ihren Reihen an ber fünftigen Staatsgestaltung hinderlich, fo bag am Ende der politische Parteifampf in einen brutalen Machtfampf ausartet, bei bem es bann fraglich ift, ob die Mittelflaffe als Sieger baraus hervorgeben wird. Ahnlich verhält es sich mit dem Bestreben, in der europäischen Staatenwelt selbst den faulsten Frieden aufrecht zu erhalten, einfach weil man bei der leisesten Erschütterung den Zusammenbruch der eigenen Herschaft und des positischen Regimes befürchtet, auf dem diese beruht. Auch die Herschaft einer Klasse, selbst der Mittelklasse, ist nicht Selbstzweck. Auch da gibt es keine Ers haltung um der Erhaltung willen. Berfagt sich heute die Mittelklasse, nur um eine allfällige Erschütterung zu vermeiden, ernsthafter Mitarbeit an der nie vollendeten und immer nötigen europäischen Reugestaltung, so wird eines Tages, mit der neuen europäischen fatastrophalen Entladung angestauter Bolfsfräfte und angehäufter Zündstoffe die endgültige Katastrophe auch über sie hereinbrechen. Bon der Aurzsichtigfeit weiter Rreise des schweizerischen Burgertums und ihrer führenden Presse in der Beurteilung in- und ausländischer Borgange in den vergangenen Bochen wäre wieder viel zu berichten. Sparen wir es aber auf später auf.

Burich, ben 4. Juni 1928.

Bans Dehler.

Jur politischen Lage.

Das Ergebnis des Colmarer Prozesses. — Rach den deutschen Bahlen.

Es wird sicher niemand auf den Gedanken kommen, der "Gazette de Lausanne" Boreingenommenheit gegenüber Frankreich vorzuwersen. Umso wertvoller
ist als Stimmungszeichen die Kritik des Lausanner Blattes an der jüngsten
französischen Politik im Claß. In einem großen Leitaussat behandelte die
Redaktion das Endergebnis des Prozesses, das sie sehr wenig erfreulich fand.
Und sie kam zum Schluß, daß es jeht nur noch einen Ausweg aus der verfahrnen Lage gebe, die schleunige Bequadigung der verurteisten Elsässer. Natürlich richtet sich dieses absällige Urteil nur gegen die französische Politik, nicht
gegen die französische Sache. Denn die "Gazette" hat mehr als einmal deutlich
erklärt, daß sie von den elsässischen Autonomisten gar nichts wissen will. Ja
sie hat auch noch während des Colmarer Prozesses die zuerst recht aussührliche
Berichterstattung eingestellt, als immer mehr für Frankreich unerfreuliche Dinge
zum Vorschein kamen. Umso mehr Gewicht hat die Berurteilung des Vorgehens
der französischen Regierung. Man hat sich eben in Lausanne davon überzeugt,
wie katastrophal die Vorgänge im Elsaß für das französische Ansehen im Auslande waren.

Die welsche Schweiz hat sich damit dem einhelligen Urteile der deutschschweizerischen Presse angeschlossen. Am bezeichnendsten war hier wohl das Urteil
bes Chefredaktors der "Basler Nachrichten", der den Prozeß an Ort und Stelle
verfolgte und einen wesentlichen Teil der deutschschweizerischen Blätter mit Be-

richten verforgte. Dr. Deri hatte ebenfalls ficher bis jum Beginn bes Colmarer Prozesses feine Schwäche für die Elfasser Autonomisten und hat sicher gar feine Abneigung gegen Frankreich. Und doch ist schließlich unter dem Eindruck des in ben Colmarer Berhandlungen aufgededten Tatjachenstoffes ein fachliches, aber gerade in feiner Sachlichkeit vernichtendes Urteil über das Borgeben Frankreichs im Elfaß zu Stande gefommen. Und ähnlich lautete die Unficht der übrigen beutschichweizerischen Blätter, ohne Unterschied der Farbung, sowohl über den

Prozeß von Colmar wie über die Bejamtlage im Eljaß.

So ist das Ergebnis der Colmarer Berhandlungen ein in Paris wohl nie für möglich gehaltenes gewesen. Man hat dort nicht mehr den Autonomisten ben Brozeg gemacht und damit die Niederfampfung der ganzen Bewegung vollendet. Es ist vielmehr nach dem überraschenden Auftakt der Kammerwahlen zu einem Prozeß über die ganze französische Politik in Elsaß-Lothringen in ben zehn Jahren seit der Wiedereroberung des Landes gekommen. All das, was man ja bisher wohl tagsaus, tagein in der elfässischen Presse lesen fonnte, wurde nun schön gesammelt und durch manche bisher unbefannte Züge ver= mehrt vor den Augen der ausmerksamen und staunenden Welt ausgebreitet. Es half da nichts mehr, daß die Staatsanwaltschaft unter dem Drucke der Entwicklang darauf verzichtete, die Sammlung von Musterexemplaren von Vorkämpfern der französischen Sache im Elsaß zu vervollständigen. Wir bedauern es freilich sehr, daß dabei unser verflossene Landsmann Hänggh, der unerschrockene Vorstämpfer der schweizerischen Unabhängigkeit im Solde des französischen Propas gandadienstes, der bengalischen Beleuchtung entgangen ift. Er hatte ein hubsches Gegenstück zu dem Glanzpunkt der Zeugenschar, zu Herrn Riehl, abgegeben. Für die Sache des Elsasses hat es aber auch ohne Hänggh gereicht. Die Angelegenheit war im Grunde ichon lange vor Schluß des Prozesses spruchreif. Ja bas Urteil der Welt war schon gefällt, lange bevor der längst aus den Kaliskandalen und andern gleichwertigen Affären berühmt gewordene Staatsanwalt Fachot seine vor dem Beginn des Prozesses fertiggestellte Anklagerede begann.

Anschauungsunterricht wirkt immer am besten. Und in Colmar wurde er ausgiebig erteilt, absichtlich von Angeklagten und Berteidigern, unabsichtlich und doch ebenjo gründlich von den Bertretern der Staatsgewalt. Da wurde die französische Sprachenpolitif beleuchtet: Sowohl der Untersuchungsrichter wie ber Berichtspräsident wie der Staatsanwalt verstanden nicht deutsch, also weder die Aussagen der Angeklagten und der Zeugen noch die Akten. So sieht es im Gerichtswesen aus. Und für die Schule lieferte der Leiter der ganzen ober-

elsässischen Schulen als Zeuge denselben katastrophalen Eindruck von dem völligen Unvermögen, irgendwie das Land und seine Bewohner zu verstehen. Ebenso deutlich wurde das Auftreten der Behörden an und für sich beleuchtet. Man ersah aus dem Prozeß klar und unwiderleglich, daß auch die Gerichte jede Vorschrift und jede gesetzliche Bindung überschritten, wenn sie damit der französischen Politik zu dienen vermeinten. Man sah aus den vielen Zeugenaussagen, wie skrupellos der gesamte Verwaltungsapparat für politische Zweke ausgenützt wird. Man ersah ferner, mit welch schmutzigen und dummen Mitteln die Polizei ihre Aufgabe zu erfüllen sucht. Man ersah eben immer wieder, wie sahre Laufgabe zu erfüllen sucht. Man ersah eben immer wieder, wie fehr dieses ganze landfremde Beamtentum, ohne Kenntnis der Landessprache und ohne jedes Berftandnis der Art und der Dentweise der Bevolkerung, auf Schritt und Tritt die ichlimmften Gehler begeht und fich auch die ichlimmften Mißbräuche erlaubt.

Durch diese den ganzen Prozeß wie ein roter Kaden durchlaufenden Ericheinungen murde ber Boden vorbereitet für bas Berftandnis ber politischen Entwicklung im Lande. Man fah förmlich, wie aus einer folchen Saat ber Autonomismus herauswachsen mußte. Die Elfässer sind nicht die Leute, die sich durch die hochklingenden Phrasen der Behörden und verantwortlichen Staatsmanner darüber hinwegtauschen laffen, daß fie im Grunde ein reines Musbeutungsobjekt maren und find. Ihre Arbeitskraft für Wirtschaft und Beer, bie Schäte bes Landes begehrte man in Paris, fagen follten aber die Elfaffer bazu fein Wörtchen. Ihre Art und Sprache wurde im Gegenteil auf Schritt und Tritt bei Seite geschoben, verspottet, ja einfach unterdrückt und sogar als

unpatriotisch gebrandmarkt. Aus einem solchen Zustand mußte die Anhänglichfeit an die eigene Art immer neue Stärfung empfangen, aber ebenjo ber Bunsch, die eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln. Und das sind die Leit= gedanken der autonomistischen Bewegung. Daß diese Bewegung aus diesen Gründen entstanden ist und wie sie sich entwickelte, das wurde dann zum überfluß von zahlreichen Persönlichkeiten des politischen Lebens noch einmal nach allen Seiten erklärt und beleuchtet. So ging die autonomistische Sache in den Augen der Welt gerade aus dem zu ihrer Abdroffelung infzenierten Prozeß in aller Form gerechtfertigt hervor. Und mas jo für die breite Offentlichkeit gilt, das gilt noch zehnmal mehr für das betroffene Land felbst. Dieje Wirkung fam benn auch zum Schluß des Prozesses mit geradezu elementarer Gewalt zum Ausbruch.

Da konnten keine Ablenkungsmanöver der französischen Behörden mehr helsen. Die Versuche, die ganze Bewegung als fünstliche, vom Ausland her ansgesachte und geleitete Mache hinzustellen, mußten kläglich zusammenbrechen. Man hatte diese Dinge durch den Mund Poincarés selbst schon lange als Tatsache in alse Welt hinaus verfündet. Jett aber blieb man den Beweis für diese Beshauptungen einsach glatt schuldig. Und die frampshaften Bemühungen der Polizei, aus den unschuldigsten Außerungen der deutschen Rultur des Landes das unheilvolle Wirfen des Pangermanismus nachzuweisen, dienten nur zur endlosen Erheiterung des Saales. Noch felten wohl haben hohe Polizeibeamte ein Bild jo vollkommener Unfähigkeit geboten. Sie haben mit ihren Aussagen die gange französische These, die ganzen Grundanschauungen der Franzosen in ihrer elfässischen Politik dermaßen lächerlich gemacht, daß sich dieser Eindruck nicht so

rasch verwischen wird.

Freilich, wenn alle Welt diese Dinge gemerkt hat, wenn sogar die "Gazette be Laufanne" so weit gekommen ist, in Paris ist alles sozusagen spurlos vorübergegangen. Auch jest ist den leitenden Köpfen offenbar der Gedanke nicht gekommen, daß das ganze französische Borgeben falsch sei. Es geben eben keine anderen Borstellungen in diese Röpfe hinein als die von Kindesbeinen an gehörten und gepriesenen. Deshalb kann man in dem französischen Einsheitsstaat den Essässern und Lothringern keine andere Stellung zuweisen als irgend einem andern Teil des französischen Staatsgebietes. Man verlangt restsloses Aufgehen im französischen Leben. Jeder Widerstand und jedes Zögern wird als Herausforderung, als Beleidigung, ja als Verbrechen empfunden. Es ist von den Essissern unrecht und wenig schön, daß sie deutsch sprechen. Sie haben nichts anderes zu tun, als möglichst rasch französisch zu lernen. Es ist geradezu unerhört, daß die Essisser behaupten, es gebe außerhalb der französischen Grenzen, in gerade in Deutschland auch einige vernünktige Einrichtungen, die Grenzen, ja gerade in Deutschland auch einige vernünftige Einrichtungen, die sogar besser seien als die entsprechenden französischen Dinge. Die Elfässer sollen nichts Besonderes sein und nichts Besonderes haben. Sie sollen Franzosen sein, wie alle andern auch, höchstens dürsen sie noch patriotischer denken, mehr Kinder haben und mehr Steuern zahlen als die Franzosen selbst. Jede Kritik an der französischen Staatssorm, an französischen Einrichtungen und jedes Fest-halten an fremder Sprache und Art ist ein Verbrechen und muß entsprechen geahndet werden. So straft man benn die Gesinnung, wo die Taten nicht ausreichenden Grund bieten. Das ift die Parifer Auffassung. Ihr ift in Colmar der Prozeg gemacht worden. Sie regiert aber ruhig weiter.

Aus dieser Einstellung heraus versteht man die ganze französische Politik in Elfaß-Lothringen, die je nach ber Parteiftellung ber Regierung jeweilen noch etwas mehr oder weniger freidenkerisch gefärbt war. Man versteht aus dieser Einstellung heraus das Vorgehen der französischen Beamten im Land. Man versteht daraus auch die völlige Berständnislosigkeit und das starre Festhalten im jeßigen Augenblick. Höchstens sucht man mit ein paar Beruhigungspülverchen die Aufregung zu beschwichtigen. Man ernennt einen einwandfreien Elsässer zum Unterstaatssekretär an einem lächerlichen Bosten. Aber sonst weicht man keinen Schritt zurud. Man halt die Strafen aufrecht. Ja man fährt ruhig mit ben

Prozessen weiter. Die frangosische Politik ist eben festgelegt.

Wie wird nun aber bas Ergebnis im Elfaß fein? Die Erbitterung und

Berbitterung wird bort zweifellos machjen. Die autonomistische Bewegung, die jest ihre Märthrer hat, wird an Breite und Tiefe gewinnen. Und je schärfer gegen sie vorgegangen wird, besto schärfer wird auch ihr Widerstand, besto schärfer werden ihre Forderungen werden. Noch immer hat es sich gezeigt, daß eine derartige Volksbewegung mit bloßer brutaler Gewalt nicht niederzuringen ist. Sie wird es in diesem Falle umso weniger sein, weil ihr von jest an die Shmpathie der Welt gesichert ist. Man wird auch in der Schweiz das Los der für ihre Gesinnung bestraften Elfasser und die Beiterentwicklung der unsern politischen Anschauungen so wohl verständlichen Autonomiebewegung mit Anteilnahme verfolgen. Darüber besteht tein Zweifel. Interessant aber wird es fein, zu beobachten, welchen Biderhall die Borgange im Eljag, in der Bretagne und ben andern fremdsprachigen Gebieten Frankreichs haben werden. Gine Anbeutung gibt ja ichon bas Auftreten eines bretonischen und eines forsischen Anwalts in Colmar. Über die Entwicklung im Elsaß selbst aber werden wir noch in diesem Jahre in den bevorstehenden Wahlen zu den Generalräten und den Gemeindevertretungen einigen Aufschluß erhalten. Darauf richten sich bereits jest im Elsaß die Blide mit Hoffnung ober mit Sorge, je nach der Einstellung. Wenn nicht alles trügt, wird man dabei eine große Zahl von Autonomisten in diesen Behörden auftauchen sehen.

über den elfässischen Ereignissen sind die deutschen Wahlen ziemlich rasch vergessen worden. Sie verdienen aber hier eine Besprechung, da sie immerhin auch ihre Bedeutung als politische Tatsache und als politisches Zeichen haben.

Der Ausfall des Wahlganges hat in feiner Richtung überrascht. Er entspricht auch durchaus der seinerzeit hier geäußerten Meinung: Starkes Un= wachsen der sozialistischen Stimmen auf der einen Seite, Rückgang der Rechts= parteien auf der andern Seite. Nur wäre es natürlich grundfalsch, in dieser Berschiebung das Ergebnis einer außenpolitischen überlegung der Wählermassen zu sehen. Der Wahlausgang in Deutschland ist vielmehr ein Zeichen dafür, daß man dort wieder völlig "friedensmäßig" zu deuten beginnt. Die wirtschaftlichen Fragen beherrschen in erster und überwältigender Linie das Feld. Die starken wirtschaftlichen Nöte aber haben die unzufriedenen Wähler den Parteien zusgeführt, die noch etwas versprechen, das disher nicht da war. In zweiter Liniegescher des Sieser Einstellung die reinen Wirtschaftschaften zogen aus dieser Einstellung die reinen Wirtschaftsparteien den Vorteil. Dazu wirkte sich ferner der Arger über die bisherige Regierung aus. Alle diese Tatsachen arbeiteten zum Borteile der Sozialisten. Aus ihnen zogen aber auch die Kommunisten und die Nationalsozialisten ihren Gewinn; auch sie verkünden ja ein neues Allheilmittel. Schließlich kamen als kleinere Gewinnler die neuen bürgerlichen Gruppen mit rein wirtschaftlichen Zielen in Betracht. Das alles ließ sich voraussehen. Ebenso konnte man den starken Rückgang der Deutschsnationalen angesichts ihrer ganzen Politik und der gegenwärtigen Umstände erwarten. Bor allem ihnen haben die neuen Bauernparteien geschadet. Uberraschend aber wirkte der starke Stimmenverlust auch bei allen andern bürgerlichen Gruppen. Die Partei Stresemanns, der sichere Zentrumsturm und ebenso bie ichon so ftark zusammengeschmolzenen Demokraten mit ihren großen Sprachrohren haben, gleichgültig ob bisher Regierungs- oder Oppositionspartei, ihren Berluft aufzuweisen. Besonders bei den Demokraten hatte man einen neuen Aufstieg vorausgesagt und jett haben sie wieder mehr als einen Fünftel ihres Bestandes eingebüßt. Gerade hier sieht man, daß die außenpolitische Einstellung teinen Eindruck machte. Man sieht aber auch, wie wenig Einfluß die große Presse hat: übrigens gerade wie bei uns!

Trop aller Verschiebungen aber hat es zu einer entscheidenden Umschichtung erwartungsgemäß nicht gelangt. Das Durcheinander der Parteien ist noch größer geworden. Es braucht jett schon eine recht weite Koalition, bis man eine standseste Regierung bilden kann. Darüber ist der Markt schon in vollem Gange. Es wird schließlich eine start sozialbemokratisch beeinflußte Regierung zu Stande kommen. Aber im Grunde genommen wird alles beim Alten bleiben. Ganz sicher gilt das von der Außenpolitik. Aber auch im Innern werden sich die künftigen bürgerlichen Regierungsparteien nicht für die Sozialdemokraten

aufopfern. Die Deutschnationalen aber gehen wieder in Opposition. Db ihnen das bekommen wird, das hängt gang von einer einigermaßen geschickten Leitung

ab, die allerdings nicht sehr wahrscheinlich ist.

Bon Einzelheiten der deutschen Wahlen seien hier noch festgehalten: Das Berschwinden der Polen aus dem preußischen Landtag. Auch die Berhältnismahl mit geheimer Stimmabgabe und völliger Werbefreiheit hat den weitern Rudgang ber polnischen Stimmen nicht aufhalten können. Weiter ist be= mertenswert, bag bie Nationalsozialisten Sitlers zwar an Stimmen gewonnen haben, daß sie aber heute gerade 3 % der Reichstagssitze innehaben, also nicht sehr bedeutend sind. Und schließlich sei auch das vermerkt, daß diesmal die schweizerische burgerliche Presse nicht mehr jo restlos für den Sieg der deutschen Sozialisten geschwärmt hat. Unentwegt bei biesem Standpunkt blieben allerdings einige große Organe, die in unsern Landesgrenzen die rote Farbe, ja schon einen roten Schimmer fehr schlecht vertragen. Es geht eben nichts über die Brundsatfestigfeit!

Marau, 4. Juni 1928.

heftor Ummann.

Berichtiauna.

Der Berfasser bes in unserm letten Heft (Mai 1928) erschienenen Aufsates "Gegen bie 3 mangseinbürgerung" ersucht uns um Aufnahme nachfolgender Berichtigung:

"In dem Aufsat "Gegen die Zwangseinbürgerung" in Rr. 2 des heu-rigen Jahrganges der "Monatshefte" wird gesagt: "Wenn kein Bürgernuten mehr vorhanden ist, wird es nicht mehr vortommen, daß ein seit 30 Jahren in der Gemeinde anfässiger waderer beutscher ober italienischer Sandwertsmeifter mit mehreren minderjährigen Rindern, der Fr. 10,000 Bermögen versteuert, von der ehrsamen "Burgergemeinde" Bern wegen "ungenügenden Bermögensausweises" mit seinem Bürgerrechtsgesuch abgewiesen wird, weil man bon feiner Aufnahme eine Schmälerung bes "Burgerknebels" befürchtet," und als Fugnote war beigefügt: "Kurz vor dem Weltkriege tatsächlich vorgekommen."

Ich habe diese Melbung meines Erinnern vor Jahren einer bürgerlichen Zeitung der Stadt Bern entnommen und sie, ba ihr keine Berichtigung gefolgt ist, für zutreffend gehalten. Dies war ein Frrtum. Wie mir der Bor-stand der Burgergemeinde Bern mitteilt, hat sich laut ihren amtlichen Protofollen in den Jahren vor dem Kriege kein berartiger Fall in Bern zugetragen. Er macht ferner barauf aufmerksam, daß in der Burgergemeinde Bern der zur Berteilung gelangende "Burgernuten" im Jahre 1889 abgeschafft worden sei, also in einem angeblich furz vor dem Weltkrieg vorgekommenen Einbürge-

rungsfall die ihm zugeschriebene Rolle nicht habe spielen können. Ich lege Wert auf diese Richtigstellung, damit nicht die Burgerschaft von Bern zu Unrecht in den Berdacht engherziger Sachpolitik gebracht werde und

spreche mein Bedauern über meinen Frrtum aus."

Rultur- und Zeitfragen

Europäer-Deutsch.

Eine neue schweizerische Zeitschrift für Erziehungswesen führt sich mit einem löblichen Bekenntniswort ein, das aber doch zu einigen Zweifeln Anlaß gibt: da wird gesagt, wie herrlich es heute sei, Erzieher zu sein, da eine neue Zeit und Zukunft heranwachse; ja, ist das nicht ein Zustand, der stets vorhanden ist.